

Sozialstaat im Streit – Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Andrea Nahles/ Björn Böhning/ Kai Burmeister/ Felix Welti

Die sozialpolitische Diskussion in Deutschland hat seit der Bundestagswahl 2002 durch die Hartz- und Rürup-Kommission, die Regierungserklärung Gerhard Schröders vom 14. März und die seither andauernden Kontroverse um die darin enthaltenen Vorschläge an Grundsätzlichkeit und Schärfe gewonnen. Wichtige Teile der sozialen Sicherung sind vor allem von Verbandsvertretern der Arbeitgeber, von Journalisten und Professoren streitig gestellt worden. Auch in der SPD werden bisher unbestrittene Positionen von der Parteispitze aufgegeben – auch gegen das erst wenige Monate alte Wahlprogramm. Stil und Verlauf der Diskussion auszuwerten bleibt späteren Analysen vorbehalten.

„Reformstau“ und Interessenpolitik

Schon heute bedenkenswert dazu sind die Anmerkungen von Günter Voß in diesem Heft. Bei aller wissenschaftlich motivierten Empörung über panische Planlosigkeit in Kommissionen und Kanzleramt wird spw als politische Zeitschrift nicht die Analyse von Interessen vernachlässigen. Dazu soll an dieser Stelle Albrecht Müller, früherer Leiter der Planungsabteilung bei Willy Brandt und Helmut Schmidt und SPD-MdB zitiert werden: „Kollektiver Wahn ist eine nicht ganz korrekte Charakterisierung der gängigen Reformstauendebeate. Denn einige der Akteure wissen genau, was sie wollen. So z.B. die Versicherungswirtschaft und andere Teile der Finanzindustrie. Sie arbeiten weltweit an der Erosion des Vertrauens in die sozialen Alterssicherungsdebatte und gewinnen mit der inzwischen gängigen Fiktion, Kapitaldeckungsverfahren und Privatvorsorge lösten das so-

Eine universelle Sozialversicherung kann eine stabilere und gerechtere Finanzierung der sozialen Sicherung gewährleisten.

genannte ‚demografische Problem.‘ Auch die Initiatoren der Arbeitgeber-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (...) wissen genau, warum sie den Reformstau beklagen. Sie haben den schönen Begriff Reformen im konservativen Sinne besetzt und benutzen ihn als Hebel zur Systemänderung – weg von sozialstaatlichen Regelungen.“ (WSI-Mitteilungen 4/2003, S. 206).

Es gibt Alternativen

Dieses Heft soll Analysen und Argumente zur laufenden Diskussion beitragen. Deutlich wird dabei nicht nur, dass erhebliche Teile der „Agenda 2010“, der Vorschläge von Rürup und des Einheitsdenkens der Kommentare von BILDSPiegelZEIT einseitig den Interessen der Vermögensbesitzer und der Versicherungswirtschaft entsprechen. Klar wird auch, dass der Vorwurf, es fehle der linken Kritik an Alternativen zur Reform des Sozialstaats, nicht zutrifft. In spw sind seit 1998 Vorschläge zu einer nachhaltigen Modernisierung von Finanzierung und Inhalten der sozialen Sicherung vorgebracht worden, die in diesem Heft im Lichte der aktuellen Diskussion aktualisiert werden.

Erwerbstätigenversicherung

Für die Finanzierung der sozialen Sicherung ist dies das Konzept einer universellen Erwerbstätigenversicherung, das von Margit Schratzenstaller in gesamtwirtschaftlicher Sicht, von Rolf Schmucker für die Gesundheitssicherung und von Ulf-Birger Franz für die Alterssicherung dargestellt wird. Eine universelle Sozialversicherung kann und soll eine stabilere und gerechtere Finanzierung der sozialen Si-

cherung ebenso gewährleisten wie eine Beteiligung verschiedener Einkommensquellen und den Schutz bisher vernachlässigter Bevölkerungsgruppen.

Das gleiche Ziel verfolgt der in der sozialdemokratischen Linken auch diskutierte Ansatz eines stärker steuerfinanzierten Systems, den Werner Kindsmüller vertritt. Eine Abkopplung der sozialen Sicherheit von der Wertschöpfung durch Arbeit und vom gesellschaftlichen Verteilungskonflikt könnte auch ein solcher Systemwechsel nicht leisten – seine Verteilungswirkungen hängen stark vom realen Steuersystem ab.

Internationaler Vergleich

Im europäischen und internationalen Vergleich gibt es keinen Beleg für die These, Sozialabbau und niedrige Lohnnebenkosten führten zu niedriger Arbeitslosigkeit oder höherem Wachstum. Max Koch belegt anhand eines Vergleichs der britischen und der niederländischen Politik, dass ein sozialstaatlicher Weg erfolgreich sein kann. Auch andere Staaten wie Dänemark, Schweden und Österreich zeigen, dass ein hohes Sozialniveau bei niedriger Arbeitslosigkeit möglich ist.

Neue Arbeitsformen

Der Wandel der Erwerbsgesellschaft stellt den Sozialstaat in der Tat vor neue Herausforderungen. Flexible Arbeitsformen und rascher technologischer Wandel sind jedoch kein Argument für Sozialabbau, sondern erfordern eine neuartige Sicherung der qualifizierten Arbeitskraft. Andrea Nahles und Joachim Schuster stellen das hierzu entwickelte Konzept der Arbeitsversicherung vor.

Demographische Entwicklung

Auch die demographische Entwicklung wird oftmals sehr undifferenziert als Argument für den Abbau sozialer Sicherung gebraucht. Ulf-Birger Franz untersucht die voraussichtlichen Folgen und kommt zu deutlich anderen Ergebnissen. Klar wird, dass eine Alterssicherung über die Kapitalmärkte die Probleme der Bevölkerungsentwicklung nicht lösen könnte. Der Beitrag von Hermannus Pfeiffer enthält weitere Aufklärung darüber, warum schon die „Riester-Rente“ kein Beitrag für eine bessere Alterssicherung war. Deutlich macht Franz auch, dass die demographische Entwicklung zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit und einer höheren Er-

Andrea Nahles, Jahrgang 1970, Vorsitzende von Forum DL 21, lebt in Ahrweiler und Berlin

Björn Böhning, Jahrgang 1978, stv. Juso-Bundesvorsitzender, lebt in Berlin

Kai Burmeister, Jahrgang 1976, lebt in Lübeck

Dr. Felix Welti, Jahrgang 1967, lebt in Lübeck, arbeitet in Kiel am Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in Europa

Foto: Felix Welti (Lübeck)



werbsbeteiligung vor allem von Frauen führen kann und muss. Voraussetzung ist jedoch, dass die in Deutschland völlig unzureichende öffentliche Kinderbetreuung endlich ausgebaut wird. Kai Burmeister verdeutlicht, dass entsprechende Investitionen schon heute nötig sind und positive Effekte für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung hätten. Das schwere Defizit bei qualitativen, aktiven Familienleistungen erweist sich mehr und mehr als eigentlicher Reformstau des deutschen Sozialstaats – während Milliarden Euro für passive und wenig bedarfsgerechte Leistungen an Besserverdiener durch Kinderfreibeträge und Ehegattensplitting ausgeworfen werden. Dass dies kaum thematisiert wird, zeigt wie sehr die öffentliche Debatte aus der satten Sicht des gehobenen Mittelstands von Beamten, Chefredakteuren und Professoren geführt wird.

Generationengerechtigkeit

Mit einer sachlichen Sicht auf die tatsächlichen Folgen der demographischen Entwicklung und die falschen Schwerpunkte der deutschen Familienpolitik bricht ein weiteres Standardargument für den Sozialabbau in sich zusammen. Für mehr Generationengerechtigkeit ist es vor allem erforderlich, der heute jungen Generation gute und glei-

che Startchancen zu geben. Michael Klundt stellt dar, wie die letzten Reformen der Arbeitsförderung genau das Gegenteil bewirken und die Herausbildung einer chancenlosen Armutsschicht für die nächsten Jahrzehnte befürchten lassen. Friedrich Putz zeigt auf, dass die geplanten Kürzungen für Arbeitslose nicht nur das verfassungsrechtlich verbürgte Existenzminimum gefährden, sondern auch besonders Familien mit Kindern gefährden.

Geschlechtergerechtigkeit

Die verengte Sicht der „Sozialreformer“ von Hartz bis Rürup zeigt sich daran, dass sie weder die Bedeutung der Bildungschancen junger Menschen und ihrer gesellschaftlichen Integration noch das veränderte Verhältnis der Geschlechter zur Kenntnis genommen haben. Während Hartz offen vom Leitbild der Ein-Ernährer-Familie ausging, werden die Auswirkungen von Ab- und Umbau auf das Geschlechterverhältnis bei Rürup ausgeblendet, wie Judith Reuter zu Recht feststellt.

Argumente statt Ideologien

Die hier angebotenen Analysen und Alternativen können denen helfen, die sich an der Diskussion beteiligen wollen, welche Reformen des Sozialstaats sinnvoll sind und welche nicht. Festgefügte und gegen Kritik immunisierte ideologische Vorverständnisse werden sie nicht erschüttern können.

Für die Verfechter des Sozialabbaus steht fest, dass eine Senkung der Lohn- und Sozialkosten Arbeitsplätze schaffe. Dass dies weder historisch noch empirisch, weder im Unternehmen noch in der Volkswirtschaft zu belegen ist, ficht sie

Schlimmer als die Unfairness und soziale Schieflage der Reformen sind ihre Unvernunft und erwiesene Wirkungslosigkeit.

nicht an. Dazu kann man mit Albrecht Müller nur konstatieren:

„Es gibt gute Gründe, die Auseinandersetzung mit dieser Art von Modernisierern in Wissenschaft und Politik nicht allein auf die Unfairness und soziale Schieflage der betrieblichen Reformen zu konzentrieren. Schlimmer sind die Unvernunft und die erwiesene Wirkungslosigkeit der propagierten Therapien.“